

„Wählt die Republik!“



Flugblätter und Plakate zur Weimarer Republik und zu den Neuen Sozialen Bewegungen in der BfZ



Dr. Christian Westerhoff
Leipzig, 25.4.2023



**WÜRTEMBERGISCHE
LANDESBIBLIOTHEK**

Wissen teilen



Themen des Vortrags

- **Einführung**
- **Bestände der BfZ**
- **Erschließung**
- **Relevanz für die Forschung**

Bibliothek für Zeitgeschichte



Schloss Rosenstein in Stuttgart, Sitz der Bibliothek 1921-1944

Bestände

Flugblätter der Weimarer Republik



Bestände

Plakate der Weimarer Republik



Plakate von Hans Rieckhoff (1924) und Carl Geiß (1928)

Bestände

Plakate der Sammlung Proteste



Bestände

Flugblätter der Sammlung Proteste

Die Bürgerinitiativen informieren:

WAS WIR FORDERN UND WARUM:

Die Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen haben feststellen müssen, daß sie im Interesse der Bevölkerung unentbehrlich sind. Auch wenn jetzt einige Politiker fürchten, die Parlamentarische Demokratie gerate in Gefahr.

- Wir arbeiten z.T. schon seit 1972. Wir haben uns und die Bevölkerung informiert:
 - über die Gefahren der Kernenergie
 - über die Probleme der Klima-Beeinflussung durch den Kühlturbetrieb
 - über die Probleme einer chaotischen Industrialisierung

Wir haben die Diskussion in der Öffentlichkeit gesucht
Wir haben Gutachten von unabhängigen Wissenschaftlern eingeholt
Wir haben unterdrückte Nachrichten ans Licht gebracht.

Das alles haben wir tun müssen, weil es die Regierung nicht getan hat. Sie hat ununterbrochen Propaganda für Atomkraftwerke betrieben. Und mag eine (mit unseren Steuergeldern bezahlte) Anzeige in der Zeitung noch so teuer sein: Wir nennen das nicht Information sondern eben Werbung.

Beim Erörterungstermin in Wyhl, Juli 1974, haben wir alle gesehen, daß die Regierung keine objektive Instanz ist, daß sie sich als Genehmigungsbehörde noch nicht einmal den Anschein von Objektivität geben konnte, daß sie unsere Interessen nicht abwägt gegen die Interessen der Atomindustrie.

Unsere Argumente, unsere Zweifel und Sorgen wurden vom Tisch gewischt, die Baugenehmigung erteilt. Das Parlament hat die Regierung nicht daran gehindert, keine Partei, kein Verband, keine Behörde, niemand. Deshalb haben wir im August 1974 beschlossen, die Bauplätze in Wyhl und Marckolsheim so lange zu besetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen. (In Marckolsheim ist die Vernunft inzwischen zu ihrem Recht gekommen).

Gleichzeitig haben wir unter enormen finanziellen Opfern den Rechtsweg eingeschlagen, um wenigstens vor Gericht eine Öffentlichkeit zu finden, wo unsere Argumente diskutiert werden müssen.

Die Landesregierung hat versucht, die Bauplatzbesetzung in Wyhl mit Gewalt zu beenden. Das ist ihr nicht gelungen.

Auf der juristischen Ebene hat sie versucht, die Diskussion der entscheidenden Fragen durch Anordnung des sofortigen Vollzugs zu umgehen. D.h. sie spricht sich das Recht zu, sofort zu bauen, vollendete Tatsachen zu schaffen, auch wenn sich später im Hauptsaalverfahren heraus stellen sollte, daß dies unerlaubt war.

Wir haben dieses Vorgehen nicht gebilligt.
Wir beugen uns nur Argumenten, die unsere Befürchtungen auch tatsächlich auflösen können, aber niemals der Gewalt, der Propaganda, den

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen antworten auf den offenen Brief des Badenwerks und der Energieversorgung Schwaben

Sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Zu dem von der Landesregierung und den Firmen Badenwerk und Energieversorgung Schwaben entworfenen Propagandafeldzug stellen wir fest:

Wer sind die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen?

Ein Zusammenschluß von Bürgern, die sich gegen die Bedrohung ihres Lebens, ihrer Gesundheit und ihrer wirtschaftlichen Existenz durch Atomkraftwerke wehren.

Was wollen die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen?

1. Eine umfassende sachliche Aufklärung der Bevölkerung über Nutzen und Nachteil von Atomkraftwerken.
2. Kein Atomkraftwerk in Wyhl, solange nicht zu unserer Überzeugung feststeht, daß für die Umgebung und die in ihr lebenden Menschen keinerlei Nachteile zu erwarten sind.

Wyhl hätte niemals so viel Aufsehen erregt, wären Bau und Betrieb von Atomkraftwerken nicht höchst umstritten. Immer mehr international anerkannte Wissenschaftler erheben ihre warnende Stimme gegen die kommerzielle Nutzung der Atomenergie, weil u. a. folgende Probleme noch nicht ausreichend gelöst sind:

- Reaktorereignis (radioaktives Potential eines 1300-Megawatt-Reaktors entspricht nach einem Betriebsjahr ca. 1000 Hiroshima-Bomben)
- Zweifelhafte Verhinderung übermäßiger Radioaktivitätsabgaben während des Betriebs (Radioaktivität kann Leukämie, Organkrebs und Erbsschäden verursachen)
- Zweifelhafte Betriebsüberwachung (Mangel an genügend Personal bei Betreibern und Behörden)
- Wirksamer Schutz gegen Katastrophen, die durch Sabotage, Terrorakte oder Kriegseinwirkungen ausgelöst werden
- Unschädliche Abführung der Abwässer in Wasser und Luft
- Sicherer Transport radioaktiven Materials
- Sichere Langzeitlagerung hochaktiven Materials

Darüber hinaus befürchten die Winzer und Bauern rund um den Kaiserstuhl besonders

- eine Beeinträchtigung der Qualität des Weines, des Obstes und der sonstigen Sonderkulturen durch den Kühlturbetrieb (Neubildung)
- eine bedrohliche Beeinträchtigung des Grundwassers
- eine Vernichtung einer der schönsten und fruchtbarsten Landschaften Mitteleuropas durch den schweren Eingriff in die Natur und durch die nachfolgende Industrieansiedlung.

Verehrte Bürgerinnen und Bürger, machen Sie Gebrauch von Ihrem Recht auf umfassende Information und Mitsprache in der Frage der Atomenergie. Wehren Sie sich dagegen, daß Millionen DM Steuergelder statt für sachliche Aufklärung für Propagandazwecke aus-

gegeben werden. Wir bezweifeln, daß die Landesregierung in dieser Frage unparteiisch ist; das Badenwerk ist zu 75% in Staatsbesitz, Ministerpräsident Filbinger ist Vorsitzender des Aufsichtsrats und Minister Eberle (Chef der Genehmigungsbehörde) sein Stellvertreter.

Regierung und Atomindustrie behaupten: Es gibt keine Alternative zur Kernenergie. Das ist nicht wahr! Allein die Kohlevorräte der Bundesrepublik reichen für einige hundert Jahre. Kohle ist zudem der einzige Energieträger, bei dem unser Land von Importen unabhängig ist. Wir fordern darüber hinaus nachdrücklich die Erforschung alternativer Energiequellen wie Sonnenenergie, Wind, Gezeiten, Erdwärme u. a. Wäre für diese Alternativen soviel Geld ausgegeben worden wie für die Erforschung der Atomenergie, dann gäbe es auch in diesem Lande keine Energiediskussion.

Regierung und Energieversorgungsunternehmen behaupten immer wieder, Atomkraftwerke seien nötig, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Das ist nicht richtig. Dagegen spricht einmal die von der Atomatomerzeugung erwartete Rationalisierung im industriellen Bereich, zum anderen die erwartete Verringerung des Stromkonsums.

Die Bürgerinitiativen haben sich stets nachdrücklich gegen Gewaltanwendung gewandt: Trotzdem versuchen Landesregierung und Atomindustrie immer wieder, die Bürgerinitiativen mit Gewalt und Terror in Verbindung zu bringen. Dagegen verfahren wir uns nachdrücklich! Die Bürgerinitiativen verstehen die Bauplatzbesetzung als einen Akt des bürgerlichen Ungehorsams, der darauf abzielt, die Wahrung elementarer rechtsstaatlicher Grundsätze durch die obersten Landesbehörden und die Landesregierung durchzusetzen.

Wir sind nicht gegen wirtschaftliches Wachstum: Wir sind aber gegen den Einsatz von Atomenergie dort, wo sie uns, unsere Kinder und unsere Enkel bedroht!

Regierung und Atomindustrie verfügen über nahezu unbegrenzte Macht- und Geldmittel. Wir, die Bürgerinitiativen, können Ihnen nur unsere sachlichen Argumente, unseren persönlichen Einsatz und unseren Willen, rechtzeitig Rechtsschutz durch die Gerichte zu erlangen, entgegenstellen. Wer aber den Rechtsweg beschreiten will, braucht Geld, Gerichtsverfahren, Gutachten, Informationsmaterial und nicht zuletzt diese Anzeige verschlingen große Summen. Helfen Sie uns in unserem gemeinsamen Kampf durch Ihre Mitarbeit und - wenn möglich - durch eine Spende!

Information: Bürgerinitiative Weisweil e. V., 7831 Weisweil, Hauptstraße 53
Spenden: Bezirkssparkasse Kenzingen, Konto 5399, Stichwort: Bürgerinitiative Weisweil - Zeitungsanzeige -

Die 35 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen

Erschließung

Flugblätter der Weimarer Republik



Startseite Neue Suche

Flugblatt-Datenbank der Bibliothek für Zeitgeschichte: Ausschnitt Weimarer Republik



Die Flugblattsammlung der Bibliothek für Zeitgeschichte aus der Zeit der Weimarer Republik (1918-1933) enthält ca. 7.000 Flugblätter, Kleindruckschriften, Postkarten, Klebezettel und anderes Werbematerial, das durch Verteilung für die Öffentlichkeit bestimmt war. Den größten Teil der Sammlung bilden die Flugblätter der Parteien, Gewerkschaften und Verbände der Weimarer Republik, welche die Flugblätter für propagandistische, kulturelle und administrative Zwecke nutzten. Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Sammlung bilden die Flugblätter zur Wahl der Nationalversammlung, der Reichstags-, Landtags sowie Kommunalwahlen der Jahre 1918-1933 sowie zu begleitenden Wahlveranstaltungen und Kundgebungen. Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt des Bestands bilden die Flugblätter, welche anlässlich der Reichspräsidentenwahlen 1919-1932 erstellt wurden sowie zahlreiche weitere thematische Konvolute (beispielsweise zum Kapp-Putsch 1920, zum Volksentscheid für die Enteignung deutscher Fürstenthümer 1926, zum Volksentscheid gegen den Young-Plan 1929 u.v.m.).

Für die Datenbank und die sich in ihr befindlichen Abbildungen gilt gemäß StGB § 86, Absatz (4), dass eine Benützung nur zum Zwecke der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte zulässig ist.

Kontakt

Rückfragen bitte an bfz@wlb-stuttgart.de

<https://avanti.wlb-stuttgart.de/bfz/wmflugblatt/>

Erschließung

Plakate der Weimarer Republik



Startseite Neue Suche Hilfe

Plakat-Datenbank der Bibliothek für Zeitgeschichte



Die Plakatdatenbank ermöglicht die Recherche in einem Teilbereich der Plakatsammlung der Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek. Die gesamte Sammlung umfasst circa 30.000 Bild- und Schriftplakate seit der Kaiserzeit bis in das Jahr 2005. Recherchierbar in dieser Datenbank sind die Plakate aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, der Weimarer Republik, des Dritten Reichs und Teile der Sammlung aus dem Zeitraum von 1945 bis 1970er Jahre. Den thematischen Schwerpunkt des Bestandes bilden die deutschen politischen Plakate. Neben den von namhaften Plakatkünstlern gestalteten Blättern enthält die Sammlung auch zahlreiche Schriftplakate: Bekanntmachungen – so genannte Maueranschläge – von Verordnungen und Gesetzen sowie Werbepakate für Veranstaltungen. Hervorzuheben sind hier die Bekanntmachungen der deutschen Militärbehörden während des Ersten Weltkriegs und der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland 1918/19, aber auch die Gesetzesanhänge der Alliierten nach 1945. Eine Reihe von Plakaten dokumentiert die politischen Veranstaltungen vom Ende der Weimarer Republik in Stuttgart.

Die Datenbank enthält zurzeit über 4500 Datensätze, davon ca. 2500 mit Abbildung. Sukzessiv werden weitere Digitalisate eingebunden.

Wir bitten um Verständnis, dass auch aus urheberrechtlichen Gründen leider nicht alle Datenbankeinträge mit Abbildungen gezeigt werden können. Wir bemühen uns, sämtliche Urheberrechte zu berücksichtigen. Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie Ihre Rechte an der Abbildung verletzt glauben.

<https://avanti.wlb-stuttgart.de/bfz/plakat/>

Erschließung

Plakate der Sammlung Proteste

Katalogangaben

	Zitierlink
Medienart	[Buch]
Art/Inhalt	Plakat
Titel	Nai hämmer gsait! : kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo / Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen ; Grafik: Hubert Hoffmann
Person	Hoffmann, Hubert
Körperschaft	Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen
Veröffentlichung	[Weisweil] : [Verlag nicht ermittelbar], [1982]
Umfang / Format	1 Plakat : farbig ; 61 x 42 cm
Anmerkungen	Archivierung/Langzeitarchivierung gewährleistet Digitalisiert
Sprache	Deutsch
Land	Deutschland
Nummer	1816865133 ▶ (K10Plus-Nummer)
Weitere Ausgabe	▶ Elektronische Reproduktion: Nai hämmer gsait! : kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo / Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen ; Grafik: Hubert Hoffmann. - [Weisweil], [1982]
Schlagwörter	▶ Wyhl am Kaiserstuhl ▶ Antikernkraftbewegung
Schlagwortfolge	▶ Wyhl am Kaiserstuhl ; Kernkraftwerk ; Antikernkraftbewegung

Exemplarangaben

Es gibt keine bestellbaren Exemplare

Merkliste

Merkliste befüllen/leeren

Merkliste

Weitere Infos

Exportieren

Screenshot der Kataloganzeige

Erschließung

Flugblätter der Sammlung Proteste



Flugblätter der Sammlung Neue Soziale Bewegungen

[exportieren](#) [schließen](#)

Hauptsachtitel:	▪ Atomkraftwerke - Aufklärung oder Reklame?
1. Körperschaft:	▪ Gewaltfreie Aktion <Freiburg>
Verlagsort 1:	▪ Freiburg, Baden-Württemberg
Erscheinungsjahr:	▪ Sammlerdatum 1976
Umfang:	▪ Seiten: 2 ; DIN A4
Sach-Schlagwort:	▪ Anti-Atom-Bewegung ▪ Klimaveränderung ▪ Radioaktiver Abfall ▪ Reaktorsicherheit ▪ Strafverfolgung ▪ Wyh ▪ Atomarer Unfall ▪ Atomkraftwerk ▪ Atomwirtschaft ▪ Bürgerinitiative ▪ Endlagerung ▪ Informationspolitik ▪ Strahlenschäden
Signatur:	▪ Bild 504 ▪ Bild 505 ▪ Akte 1094 ▪ Film 0094 ▪ z ▪ d NEIN

[exportieren](#) [schließen](#)

<https://avanti.wlb-stuttgart.de/bfz/flugblatt2/>

Relevanz für die Forschung

- **Plakate**
- **Flugblätter**
- **Weimarer Republik**
- **Neue Soziale Bewegungen**

Bitte um Feedback!